

Wie unsicher die neuen Machthaber und wie unklar ihre Strategien etwa noch 1946 waren, läßt sich der aufschlußreichen Studie Wojciech Mazowieckis entnehmen. Die Arbeit geht auf eine bereits in den 1980er Jahren bei Jerzy Holzer verfaßte, 1989 zunächst im Pariser Exilverlag Libella erschienene Magisterarbeit zurück, die nach Öffnung der Archive auf eine breitere Quellengrundlage gestellt und nun in überarbeiteter Fassung vorgelegt wurde. M. beschreibt eingehend das Dilemma der Kommunisten, vor welches diese angesichts der beiden wichtigen Mai-Feiertage gestellt waren. Stand der 1. Mai für die Traditionen und Aspirationen der Arbeiterbewegung und damit für den sozialistischen Umbau der Gesellschaft, so symbolisierte der 3. Mai die Traditionen und Hoffnungen der unabhängigen Republik und damit die Erneuerung der nationalen Eigenständigkeit. Der Umgang mit den beiden Feiertagen mußte also zwangsläufig politische Implikationen haben. Dennoch gingen die neuen Machthaber, nachdem sie dem Problem 1945 noch kaum Aufmerksamkeit geschenkt hatten, auch 1946 die Frage, wie mit dem 3. Mai umgegangen werden solle, zunächst sehr zögerlich und ambivalent an. Die Vorbereitungen von Partei und Sicherheitsapparat auf den 3. Mai 1946 blieben lange unentschieden und führten erst in letzter Minute zu einer Entscheidung gegen eine feierliche Begehung, ohne daß dies jedoch allgemein bekannt gemacht worden wäre. So kam es an diesem 3. Mai 1946 gegen den Willen der Machthaber an vielen Orten zu Manifestationen, in denen sich die wirklichen Vorstellungen und Wünsche der polnischen Gesellschaft artikulierten. M. beschreibt diese vor allem von Schülern und Studierenden getragenen Demonstrationen (am ausführlichsten für Krakau) als einen Stimmungstest, der für die neuen Machthaber insgesamt negativ ausfiel. Ihre Reaktion war dementsprechend von großer Nervosität und Brutalität gekennzeichnet und provozierte ihrerseits wiederum massive Gegenmanifestationen (u. a. Streiks). Aus diesem „ersten Zusammenstoß“ zwischen Gesellschaft und neuem Regime haben Partei und Sicherheitsorgane, so der Vf., freilich schnell gelernt: Nicht nur schafften die neuen Machthaber den 3. Mai als staatlichen Feiertag ab, sondern sie legten der Gesellschaft fortan auch zunehmend enger gezogene Fesseln an.

Marburg/Lahn

Eduard Mühle

Peter Tokarski: Die Wahl wirtschaftspolitischer Strategien in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1959. (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 4.) Verlag Herder-Institut. Marburg 1999. 360 S. (DM 85, —.)

P. Tokarski beschäftigt sich mit den wirtschaftspolitischen Strategien, die in Polen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zur Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit des Landes ausgearbeitet wurden. Der Vf. untersucht im Gegensatz zu der von ihm umfassend rezipierten polnischen Literatur weniger die Ursachen für die zahlreichen wirtschaftlichen Krisen im Nachkriegspolen und die jeweils daran anschließenden mehr oder weniger konsequenten Reformbemühungen. Ihm geht es vielmehr um die Darstellung und Genese der jeweiligen wirtschaftlichen Strategien sowie um ihre Überprüfung an der ökonomischen Realität des Landes. Die Untersuchung umspannt die Jahre von 1944 bis 1959. Diesen Zeitabschnitt gliedert der Vf. in zwei Phasen. Für die erste Phase (1944–1953) konstatiert er zunächst eine relativ offene Diskussion um die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik im neuen polnischen Staat. Eindringlich widerlegt er jedoch die These, daß es bis etwa zum Jahr 1948 einen „polnischen Weg zum Sozialismus“ gegeben habe. Er zeigt auf, daß die Zugeständnisse der polnischen Kommunisten lediglich ihrer einstweiligen politischen Schwäche geschuldet waren; ihre Intention, in Polen eine Wirtschaftsordnung nach sowjetischem Vorbild einzuführen, stand jedoch seit Kriegsende fest. Je mehr sich die Machtposition der kommunistischen PPR (Polska Partia Robotnicza, Polnische Arbeiterpartei) konsolidierte, desto weniger war deren

dogmatischer Flügel bereit, in der Wirtschaftspolitik Zugeständnisse zu machen. Die forcierte Industrialisierungspolitik, die Degradierung der Landwirtschaft sowie der Vorrang von Investitionsleistungen vor allem für die Schwer- und Rüstungsindustrie vor einer aktiveren Konsumgüterpolitik orientierten sich deutlich am sowjetischen Vorbild.

Dieser ersten Phase der Einführung eines sozialistischen Wirtschaftsmodells stellt T. eine zweite Phase (1953–1959) gegenüber, die durch innen- wie außenpolitische Krisen, Reformbemühungen und schließlich Rücknahme der Reformen gekennzeichnet war. In einer genauen Analyse der Entscheidungsabläufe in parteiinternen und staatlichen Planungsgremien weist er nach, daß die wirtschaftspolitischen Reformbemühungen, die im Zuge der Entstalinisierung seit 1953 und des Polnischen Oktobers 1956 eingeleitet wurden, erneut nur der Festigung der gesellschaftlichen Legitimationsbasis dienen sollten. Nach der Konsolidierung der Herrschaft der kommunistischen PZPR (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, Polnische Vereinigte Arbeiterpartei), die spätestens seit den Parlamentswahlen des Jahres 1957 einsetzte, überwogen erneut dogmatische Wirtschaftsstrategien. Reformkonzepte, die von Wirtschaftsexperten und staatlichen Planungsstellen ausgearbeitet worden waren, wurden von der Partei verworfen. Die Abkehr von den reformerischen Strategien konnte um so schneller erfolgen, als die PZPR in den 1950er Jahren ihre Alleinherrschaft im Staat schon abgesichert hatte und es nur noch darum ging, bestimmte innerparteiliche Reformkreise wieder auf Parteilinie zu bringen.

Resümierend stellt der Vf. fest, daß in den beiden untersuchten Phasen die wirtschaftspolitischen Strategien dem Primat der ideologisch determinierten Machtpolitik der polnischen Kommunisten untergeordnet blieben. Ökonomische Reformen waren lediglich zeitweilige Zugeständnisse, um die Legitimationsbasis der Parteiherrschaft in Krisenzeiten zu verbreitern. Auf einer beeindruckend breiten Quellenbasis kommt der Vf. zu dem Ergebnis, daß die Strategien, die im Nachkriegspolen zur Etablierung eines sozialistischen Wirtschaftssystems führten, zwar durch die sowjetische Einflußnahme mitbestimmt wurden, im Grunde aber hauptsächlich im Verantwortungsbereich der polnischen Kommunisten lagen. Die Arbeit ist ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der Volksrepublik, da sie wichtige Einblicke in die Entscheidungsprozesse an der Schnittstelle von ideologisch bestimmter Parteipolitik und von ökonomischen Sachzwängen bestimmter Wirtschaftspolitik liefert.

Leipzig

Claudia Kraft

Andrzej Palczak: Procesy stalinizacji w Polsce w latach 1947–1956. [Der Prozeß der Stalinisierung in Polen zwischen 1947 und 1956.] Wydawnictwo APEX. Zabrze 1996. 509 S.

Dieses ursprünglich als Dissertation verfaßte Werk setzt sich zum Ziel, „das eigentliche politische und Parteisystem aufzuzeigen, das zwischen den Jahren 1947 und 1956 in Polen funktionierte.“ Eine derartige Darstellung sei notwendig angesichts des langjährigen „Propagierens eines falschen Wirklichkeitsbildes“ durch das polnische kommunistische Regime (S. 3). Die genannten Jahre versteht der Autor als die Zeit des „klassischen Stalinismus“ in Polen, unterstreicht aber zugleich, daß „Stalinisierung“ mit dem Aufbau spezifischer Parteien-, Propaganda- und Repressionssysteme in Polen bereits 1944 einsetzte. Das Buch, gestützt auf eine breite Auswahl von Quellen, einschließlich Materialien aus Staats-, Partei- und ausländischen Archiven (bes. des polnischen Instituts in London) sowie auf über 650 Positionen polnischsprachiger Sekundärliteratur, bietet eine Analyse dieser drei Aspekte des stalinistischen Systems.

An Fülle und Dichte von Informationen zum Aufbau des politischen Systems der Nachkriegszeit sowie zur Entwicklung der verschiedenen Arten staatlicher Propaganda und Repression in Polen sucht der Band seinesgleichen. Von besonderem Wert ist die